

Resolution

der Vollversammlung der AGABY

Kein Wahlkampf auf dem Rücken der eingewanderten und geflüchteten Menschen – Keine Stimme für Rassisten – Demokratie stärken – Wahlrecht für alle

Wir, die Vertreter_innen der bayerischen Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns, warnen vor der Instrumentalisierung migrationspolitischer Themen für den Wahlkampf. Wir fordern alle demokratischen Parteien auf, in ihrem Wahlkampf keinen Rassismus und keine rassistischen Elemente zuzulassen.

Im Wahlkampf dürfen nicht die rechtsradikalen und rechtspopulistischen Gruppen und Parteien mit ihren rassistischen Parolen zu Stichwortgebern werden und die demokratischen Parteien vor sich her treiben. Wenn Parteien die Parolen der Rassisten und Populisten wiederholen, dann stärken sie damit den rassistischen Diskurs in der Gesellschaft. Sie schaden nachhaltig der Demokratie und verletzen die Werte des Grundgesetzes: die Menschenwürde, das Recht auf Asyl, die Gleichbehandlung unabhängig vom Geschlecht, der Herkunft, der religiösen Anschauung. Die Rassisten bedrohen nicht nur Flüchtlinge, Muslime oder Minderheiten, sondern die gesamte Demokratie und die Zukunft unserer Gesellschaft.

Eine Asylpolitik, die immer repressiver und menschenverachtender wird, kann keine Antwort auf die soziale Spaltung unserer Gesellschaft sein. Die verunsicherten und unzufriedenen Bürger_innen müssen wieder für die Demokratie gewonnen werden. Wir brauchen eine mutige Politik, die dem wachsenden Rassismus beherzt entgegentritt.

Wir fordern alle demokratischen Parteien auf:

- Standhaft zu bleiben! Keine Beteiligung an rassistischen Diskursen!
Die Parteien dürfen nicht aus Angst, Wählerstimmen zu verlieren, die rassistischen Argumentationen der Rechten übernehmen.
- Die gemeinsamen demokratischen Werte und die Menschenwürde zu verteidigen.
- Mit einer solidarischen Sozialpolitik der Spaltung der Gesellschaft entgegenzuwirken und für mehr Gerechtigkeit in der Gesellschaft zu sorgen.
- Sich klar für ein gleichberechtigtes Zusammenleben von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund in unserer Gesellschaft zu positionieren.
- Die Ausgrenzung eines großen Teils der Bevölkerung von den Wahlen zu beenden:
Die Einbürgerung muss vereinfacht, die doppelte Staatsbürgerschaft zugelassen und das kommunale Wahlrecht für Drittstaatsangehörige eingeführt werden.

Wir fordern alle Bürger_innen mit und ohne Migrationshintergrund auf:

- Keine Parteien zu unterstützen und zu wählen, die - offen oder versteckt - ein rassistisches Wahlprogramm haben und auf dem Rücken der eingewanderten und geflüchteten Menschen Wahlkampf machen.
- Ihr Wahlrecht wahrzunehmen und sich aktiv an den Wahlen zu beteiligen.
- Sich gegen die rassistischen und völkischen Tendenzen und für eine vielfältige, tolerante und solidarische Gesellschaft zu engagieren.

Erlangen, den 2. April 2017